Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 12

Artikel: Der Erdrutsch innerhalb des britischen Volksvermögens
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336509

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

demokratischen Staat eine Abwendung von der herrschenden Wirtschaftsgesinnung nicht zu befürchten braucht.»

Er stellte zusammenfassend fest:

«Daß die Einordnung der öffentlichen Unternehmungen in die gesamte schweizerische Wirtschaft so reibungslos sich vollzog, liegt an den besonderen Bedingungen der ‚öffentlichen Unternehmung in der politischen Demokratie' in der Schweiz.»

Mit dieser im ganzen zutreffenden Beurteilung stimmt die Äußerung Prof. Jul. Landmanns[6] überein, daß die Kantonalbanken «ihrem Charakter nach ein spezifisches Produkt der schweizerischen politischen und Wirtschaftsverfassung» seien.

Die kommende Abstimmung über die Initiative dürfte zeigen, daß das Volk auch heute in seiner großen Mehrheit nicht grundsätzlich gegen die öffentlichen Unternehmungen eingestellt ist und es sich daher nicht nehmen läßt, in nüchterner und sachlicher Art Bedürfnis und Wert des Initiativvorschlages zu prüfen. Daß es dabei angesichts der vom Bundesrat geschilderten großen Mängel zu dessen Ablehnung gelangen wird, dürfte außer Zweifel stehen. Die zu erwartende wuchtige Verwerfung der Initiative durch Volk und Stände wird – sehr im Gegensatz zu den Absichten ihrer Urheber – die Position der öffentlichen Unternehmungen in unserer Wirtschaft stärken.

J. W. BRÜGEL

Der Erdrutsch innerhalb des britischen Volksvermögens

Das oft gebrauchte Wort von der «stillen Revolution», die sich in Großbritannien vollziehe, seit Labour an die Macht gelangt ist, hat vielleicht am meisten Geltung in bezug auf die Wandlungen in der Aufteilung des Nationaleinkommens und in den Vermögensverhältnissen überhaupt. Um den Umfang und die Tragweite der eingetretenen Änderungen ermessen zu können, müssen wir uns zunächst die Ausgangsposition vergegenwärtigen. Von den 47,3 Millionen Einwohnern, die Großbritannien 1937 hatte, lebten 40,5 Millionen — also fast vier Fünftel — von einem Einkommen unter 250 Pfund

[6] *Landmann*, Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialpolitik in der Schweiz, 1925, I. Band, S. 337.

jährlich. 258 000 Menschen gehörten zu Familien mit einem Jahreseinkommen zwischen 2000 und 10 000 Pfund, 22 000 zu Familien mit einem Einkommen von über 10 000 Pfund, 300 davon mit mehr als 100 000 Pfund. Ein Zwanzigstel eines Prozentes der Bevölkerung (0,05 Prozent) zog 4 Prozent des ganzen Volkseinkommens an sich, ein halbes Prozent über 10 Prozent und 5 Prozent über 30 Prozent.

Womöglich noch ärger als um diese krassen und klaffenden Einkommensdifferenzen war es um die Aufteilung des Volksvermögens bestellt. Das gesamte persönliche Kapital betrug in Großbritannien 1937 21 Milliarden Pfund, und 10 Prozent davon waren in den Händen von ungefähr 5000 Menschen. Ein halbes Prozent der Bevölkerung besaß zwei Fünftel, 2½ Prozent zwei Drittel des Reichtums[1]. So war die Lage bei Kriegsausbruch.

Staffelung der Einkommensteuer

Die Notwendigkeiten der Kriegführung erzwangen eine Anspannung der Steuerschraube. Es gelang den Sozialisten innerhalb der Koalitionsregierung, eine sozial ziemlich gerechte Staffelung der Steuererhöhungen durchzusetzen, wobei ihren Bestrebungen zweifellos zugute kam, daß man damals auf die Wünsche der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen zu müssen glaubte. Die Steuerpolitik der Arbeiterregierung, die die Geschäfte zu Kriegsschluß übernahm, stand vor einer Reihe schwieriger Aufgaben: die Steuerlast mußte gesenkt werden, um der Ankurbelung der Friedensproduktion einen entsprechenden Antrieb zu geben, aber es war immer noch notwendig, überschüssige Kaufkraft im Steuerwege abzuschöpfen, um der Inflationsgefahr entgegenzutreten. Im Zuge der Steuersenkungen mußte das soziale Prinzip, das im Krieg seinen Einzug in die Steuerpolitik gehalten hatte, verstärkt und fester verankert werden, und es mußten Steuergelder für die Finanzierung der großen sozialpolitischen Reformen bereitgestellt werden.

Die Einkommensteuer war das erste dankbare Objekt für die sozialistischen Bemühungen, die schreienden Einkommensdifferenzen zu überwinden. Durch die Herabsetzung der Steuersätze und die Erhöhung der Abzugsposten (für Kinder usw.) wurden 3,75 Millionen Menschen von der Pflicht zur Steuerzahlung überhaupt befreit. Alle anderen Schichten profitierten von den sukzessiven Erleichterungen, deren vorläufig letzte 1950 (mit der Intention, einen Anreiz zu Überstundenarbeit und damit zur Erhöhung der Produktivi-

[1] T. Barna, Redistribution of Incomes through Public Finance in 1937 (1945).

tät zu schaffen) gewährt wurde, und die zusammengefaßt das folgende Bild ergeben[2]:

	Steuerjahr 1945/46	Steuerjahr 1950/51
Ledige Person	Steuerleistung in Pfunden	
Einkommen von 250 Pfund	47	16
Einkommen von 500 Pfund	156	74
Einkommen von 1000 Pfund	381	254
Ehepaar ohne Kinder		
Einkommen von 250 Pfund	27	2
Einkommen von 500 Pfund	126	48
Einkommen von 1000 Pfund	351	223
Ehepaar mit 2 Kindern		
Einkommen von 500 Pfund	76	18
Einkommen von 1000 Pfund	126	48
Einkommen von 2000 Pfund	776	529

Schon vor der Herabsetzung des Steuersatzes im Jahre 1950 zahlte eine Person mit einem Jahreseinkommen bis zu 250 Pfund 2 Penny im Pfund oder weniger als ein Prozent an Steuer, eine Person mit einem Einkommen zwischen 250 und 500 Pfund etwas über 1 Schilling im Pfund (5 Prozent). (Wenn in einer Familie mehrere Personen verdienen, liegt das höchste Einkommen den obigen Berechnungen zugrunde. Die Steuern von den übrigen Einkommen werden selbständig berechnet.)

Die von der Arbeiterregierung zugestandenen Erleichterungen machen aber halt vor den ganz großen Einkommen über 20 000 Pfund. Hier tritt neben den «normalen» Satz von 9 Schilling im Pfund (45 Prozent) der Zuschlag (Surtaxe) von weiteren 10,5 Schilling. Demnach verfallen Einkünfte über 20 000 Pfund jährlich zu 97,5 Prozent der Staatskasse. Ungefähr drei Viertel aller Einkommen über 10 000 und die Hälfte aller zwischen 2000 und 10 000 Pfund gehen diesen Weg. Mehr als die Hälfte des Steueraufkommens stammt aus den Einkommen über 1000 Pfund[3]. Nach den letzten verfügbaren Daten[4], die inzwischen eine weitere Veränderung zugunsten der Bezieher kleinerer Einkommen erfahren haben, spiegelt sich die Umschichtung innerhalb

[2] Financial Statement (1950/51), ausgegeben vom britischen Schatzamt.
[3] National Income and Expenditure in the United Kingdom, 1946 to 1949.
[4] 91. Bericht des «Board of Inland Revenue», Tabelle 32.

der britischen Bevölkerung nur in bezug auf die Einkommensteuer folgendermaßen wider:

Einkommen nach Abzug der Steuer	Zahlenmäßige Stärke der Gruppen 1938/39	1947/48
120 bis 150 Pfund	.....	2 030 000
150 bis 250 Pfund	4 500 000	8 470 000
250 bis 500 Pfund	1 820 000	8 740 000
500 bis 1000 Pfund	450 000	1 378 000
1000 bis 2000 Pfund	155 000	320 000
2000 bis 4000 Pfund	56 000	58 500
4000 bis 6000 Pfund	12 000	3 430
über 6000 Pfund	7 000	70

Die Vervierfachung der Zahl der Personen, die «normale» Einkommen zwischen 250 und 1000 Pfund haben, und das Zusammenschrumpfen des zahlenmäßigen Umfangs der Menschenkategorie, der nach der Besteuerung mehr als 6000 Pfund verbleibt, auf ein Prozent — das alles spricht für sich und bedarf keines weiteren Kommentars.

Kampf dem arbeitslosen Einkommen

Aber so ungerecht krasse Differenzen im Ausmaß der individuellen Arbeitseinkommen auch sein mögen, beim arbeitslosen Einkommen liegen die Dinge natürlich noch weit bedenklicher, und darum hat sich die sozialistische Agitation mit Recht vor allem auf den Kampf gegen dieses geworfen. Bisher hat man davon abgesehen, das Ausmaß der auszuschüttenden Dividenden gesetzlich zu begrenzen, da 90 Prozent der Aktiengesellschaften der Aufforderung Cripps', die Dividenden nicht zu erhöhen, gefolgt sind. Auf dem letzten Parteitag in Margate (Oktober 1950) hat der Sprecher des Parteivorstandes, Kolonialminister Griffiths, neuerlich angekündigt, daß man im Notfall legislative Maßnahmen nach dieser Richtung ergreifen werde[5]. Immerhin gehen 55 Prozent aller Dividenden auf dem Weg über die Steuer (Profit Tax) wieder in die Staatskasse. Ein besonders wirksames Mittel zur allmählichen Liquidierung ungerechtfertigter Privilegien ist die Erbschaftssteuer, die 1947 verdoppelt wurde. Wenn jemand seinem Sohn vor dem Krieg eine

[5] Nur eine sehr formalistische Betrachtungsweise könnte den Verzicht der Unternehmer auf höhere Gewinne mit dem Opfer in einem Atem nennen, das die Arbeiter durch den Verzicht auf Lohnerhöhungen größeren Umfangs bringen.

Million Pfund hinterlassen hat, wurden diesem noch 600 000 davon ausbezahlt; nach den jetzt geltenden Sätzen wären das nur mehr 200 000. Nach dem nächsten Erbgang schrumpft das auf 80 000 und beim dritten auf 44 000 zusammen. Das ist natürlich ein ziemlich langwieriger Prozeß, denn alljährlich stirbt nur ein Dreißigstel der der Steuer unterliegenden Bevölkerungsgruppe. Es ist aber ein unaufhaltbarer Prozeß, der in 20 Jahren das Antlitz des Landes wesentlich verändert haben wird. Schon heute gehört es zur Tagesordnung, daß die Eigentümer von Schlössern diese einer öffentlichen Stiftung, dem National Trust, schenken, weil sie einfach nicht mehr in der Lage sind, für die Unterhaltskosten aufzukommen.

Die indirekten Steuern

Auch wenn die Steuerlast in Großbritannien sozial gerecht aufgeteilt ist, bedeutet das natürlich keineswegs, daß sie nicht auch für den Arbeiter und Angestellten recht hoch ist. Im Finanzjahr 1948/49 betrug die Belastung 69 Pfund pro Kopf und Jahr. Davon entfielen 39 Pfund auf direkte und 30 auf indirekte Abgaben. Die drückendste und begreiflicherweise unpopulärste von ihnen ist die Umsatzsteuer (Purchase Tax), die im Krieg als anti-inflationistische Maßnahme eingeführt wurde. Die sogenannte Utility-Erzeugung von Textilien, Möbeln usw. (billige Massenproduktion erstklassiger Qualität) unterlag der Steuer niemals, und bei andern Waren, zum Beispiel bei Haushaltsgegenständen, wurden die Steueransätze sukzessiv herabgesetzt, so daß die Umsatzsteuer immer mehr den Charakter einer Luxussteuer annimmt.

Die Umschichtung innerhalb des Nationaleinkommens

Der im vorstehenden in großen Umrissen skizzierte gewaltige Umschichtungsprozeß kommt naturgemäß in der Statistik des britischen Volkseinkommens deutlich zum Ausdruck. In der Zeitspanne von 1938 bis 1949 ist das Nationaleinkommen von 5090 Millionen Pfund auf 11 076 Millionen gestiegen. Bei der Beurteilung dieses Anstieges muß man natürlich zunächst die Preissteigerungen und die Geldentwertung in Betracht ziehen. Damit ist aber bei weitem nicht alles erklärt: hier machen sich auch die wohltätigen Folgen der Vollbeschäftigung und der Steigerung der Gesamtproduktion der britischen Wirtschaft weit über das Vorkriegsausmaß hinaus bemerkbar. Was uns in diesem Zusammenhang interessiert, ist zunächst die Aufteilung

der Globalsumme auf die einzelnen Einkommenskategorien. Von je 100 Pfund des Volkseinkommens entfielen nach Abzug der Steuern 1938 39 Pfund auf Löhne; heute ist der Lohnsektor auf 48 Pfund angeschwollen und reicht somit an die Hälfte des gesamten Volkseinkommens heran. Im gleichen Zeitraum ist der Sektor der Gehälter von 25 auf 24 Pfund und der der Profite, Zinsen usw. von 34 auf 25 Pfund zurückgegangen. Löhne und Gehälter umfassen heute nach der Versteuerung 72 Prozent des Nationaleinkommens gegenüber nur 64 Prozent im Jahre 1938 (vor der Versteuerung 69 gegenüber 61 Prozent). Aber nicht nur der Anteil der Gesamtheit der Lohnempfänger an dem «nationalen Kuchen», wie es die Engländer nennen, ist auf Kosten der Dividendenbezüger gestiegen, auch die Durchschnittshöhe der einzelnen Löhne ist weit stärker gestiegen als die Preise: man kann von einer Erhöhung des Reallohns um 20 Prozent sprechen[6]. Die gleiche Entwicklung, die dem sozial Schwachen günstig war, hat den Genuß eines hohen Einkommens in Großbritannien fast unmöglich gemacht. In einer dieser Problematik gewidmeten interessanten Artikelserie hat der «Economist» (21. und 28. Januar, 4. Februar 1950) unter anderem ausgeführt, daß ein Lebensstandard, der einem Einkommen von 1000 Pfund im Jahre 1938 entspricht, heute ein Einkommen von 2700 Pfund zur Voraussetzung hat; eine auf einem Vorkriegseinkommen von 2000 Pfund basierende Lebenshaltung würde heute infolge der Preissteigerungen und der progressiveren Steuerskala nur bei einem Einkommen von 8000 Pfund möglich sein.

Die soziale Gegenleistung

Die soziale Gerechtigkeit erschöpft sich aber nicht darin, daß man im Wege der Besteuerung, das heißt durch das, was die Gemeinschaft dem Einzelnen abnimmt, das krasse Mißverhältnis zwischen den Einkommensgruppen auszugleichen bemüht ist. Erst die andere Komponente, nämlich was die Gemeinschaft dem Einzelnen gibt, kann das Bild abrunden. Wir haben gesehen, daß in Großbritannien die – an sich keineswegs niedrige – Steuerlast nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelt ist. Die Leistungen des Staates sind aber für alle Bürger gleich und bedeuten eben darum im Haushalt des Minderbemittelten viel mehr als im Haushalt des Begüterten. Die Leistungen der die ganze Bevölkerung umfassenden Sozialversicherung werden nur zum Teil

[6] Aus den Angaben über das Nationaleinkommen im Jahre 1948 hat der «Economist» (8. Oktober 1949) unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen ein Steigen des Reallohns um 20 Prozent und ein Sinken der Kaufkraft der Dividenden um 24 Prozent errechnet.

durch die Beiträge der Versicherten finanziert. Bei dem Gesundheitsdienst gilt das nur zu einem ganz kleinen Teil. Der Rest kommt aus dem Steueraufkommen. Aus der gleichen Quelle stammen die Subventionen zur Niedrighaltung der Lebensmittelpreise. Mit anderen Worten: die Begüterten tragen zur Lebenshaltung der weniger Begüterten und zu ihrer sozialen Sicherheit in erheblichem Maße bei. Täglich strömt Geld aus den Taschen der Reichen auf dem Umweg über das Steueramt in die Taschen der Ärmeren. Von der Durchschnittssteuerleistung von 69 Pfund kehren 22 oder fast ein Drittel an den Steuerzahler in der Form von sozialpolitischen Leistungen aller Art zurück, also bei den Bezügern bescheidener Einkommen weit mehr als ein Drittel. Man hat ausgerechnet, daß Lebensmittelsubventionen (mit Gratismilch für alle Schulkinder), Sozialversicherung einschließlich von Zuschüssen an Familien mit zwei und mehr Kindern, und Gesundheitsdienst einen wöchentlichen Staatszuschuß an jede «Normalfamilie» (Mann, Frau, zwei Kinder) von fast drei Pfund bedeuten.

Wohin gehört der Mittelstand?

Der Erdrutsch in den Besitzverhältnissen wirft eine Reihe neuer Probleme auf. Da ist zunächst die bedauerliche Tatsache, daß die Gehaltsempfänger im Gegensatz zu den Arbeitern ihren Anteil an dem «Kuchen» nicht erhöhen konnten. Der Durchschnittslohn des Arbeiters ist um 124 Prozent, der Durchschnittsgehalt des Lehrers ist nur um 30 Prozent gestiegen. Drückt sich darin eine Mittelstandsfeindschaft der sozialistischen Politik aus, die nur das Wohl der Lohnarbeiter vor Augen hat? Oder ist das, was man manchmal mit Recht, manchmal etwas übertreibend, die «Proletarisierung des Mittelstandes» nennt, nicht eine in der ganzen Welt feststellbare Entwicklung, die man zwar mildern, aber nicht völlig eliminieren kann? Sicher ist vieles durch den Umstand bedingt, daß jedes Land einen Bergarbeiterstreik mehr fürchtet und zu fürchten hat als einen Lehrerstreik. Aber das erklärt bei weitem nicht alles. Auch die Tatsache, daß die Lohnarbeiter heute einen größeren Anteil am Volkseinkommen haben, bedeutet noch nicht, daß der Lohn im Einzelfall sozial gerecht ist. Auch im Bereich der Arbeiterlöhne gibt es noch manche Härte abzuschleifen, manche Anomalie zu beseitigen. Nur Zeiten, die frei sind von allen politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen, eignen sich zur Schaffung eines auch intern gerecht ausgewogenen Lohn- und Gehaltsgefüges, zumal die Gewerkschaften aus guten Gründen an dem Prinzip der Verhandlungsfreiheit festhalten. Die leitenden Erwägungen für die Mittel-

schichten sollten nicht Ressentiments darüber sein, daß die Arbeiter erfolgreicher waren, sondern die Erkenntnis, daß sie selbst viel schlechter gefahren wären, hätte es einen kapitalistisch-konservativen Kurs mit allen üblen Folgeerscheinungen der Massenarbeitslosigkeit gegeben. Nur in einer Koalition mit der Arbeiterschaft können die Mittelschichten ihr Schicksal zum Besseren wenden. Im übrigen haben sich, was in der Statistik des Volkseinkommens nur teilweise zum Ausdruck kommen kann, viele Maßnahmen der Labourregierung — billige Lebensmittelpreise, Sozialversicherung, Gesundheitsdienst, Demokratisierung des Erziehungswesens — gerade für den Mittelstand segensreich ausgewirkt. Man versteht das sofort, wenn man bedenkt, was es für einen mittelständischen Haushalt bedeutet, daß ein plötzlicher Krankheitsfall in der Familie nicht mehr alle Ersparnisse zu verschlingen droht. Es ist nicht mehr notwendig, sich unter Entbehrungen Reserven anlegen.

Eine Forderung der Gerechtigkeit

Die Betrachtungen des «Economist» zu dieser Frage gipfeln in der Schlußfolgerung, daß die Nivellierung («Equalisation») der Einkommen in Großbritannien weiter gegangen sein dürfte, als in allen anderen Ländern. Die Leidtragenden dieser Politik, die weit über die Reihen der Arbeiterbewegung hinaus auf Verständnis und Sympathie stößt, erklären sie mit «Klassenhaß gegen die Besitzenden» und «bolschewistischen Tendenzen» innerhalb der Labourführung. Letzterer Vorwurf entbehrt nicht des komischen Beigeschmacks angesichts der wohlbekannten Tatsache, daß die Einkommensdifferenzen in der Sowjetunion heute weit größer sind als in Großbritannien. Der angebliche Klassenhaß ist nichts als ein elementares Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, das die Grundlage der sozialistischen Politik bildet und nicht nur in der Ausmerzung von Not und Elend, sondern in dem reicheren, schöneren und glücklicheren Leben von Millionen Menschen seine triumphalste Rechtfertigung findet.

Gleichmacherei nicht das Ziel

Kann die oben beschriebene Entwicklung noch weiter vorwärts getrieben werden? Die neue vom Parteitag im Margate angenommene Programmschrift «Labour und die neue Gesellschaft» schlägt keine weitere Steigerung der Belastung höherer Arbeitseinkommen vor.

Anders wird die Frage der noch immer nicht aufgesogenen arbeitslosen Einkommen behandelt[7]. Völlige Gleichheit der Einkommen ist nicht das Ziel der Labourpolitik: «um einen Ansporn zu erhöhter Produktion zu schaffen, müssen vernünftige Belohnungen für Initiative, Unternehmungsgeist und Anstrengungen ausgesetzt werden.» Das Programm begründet es mit den Forderungen der Gerechtigkeit und der Fairneß, «daß jeder Steuern im Einklang mit seiner Zahlungsfähigkeit entrichtet». Aber nicht weniger wichtig erscheint uns die weitere Erwägung, daß die Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf demokratischem Wege nur möglich ist, wenn — dazu genügt die formelle Brechung des Bildungsmonopols der Besitzenden nicht — als Folge der Umschichtung in den Besitzverhältnissen aus den Reihen der Arbeiterklasse das Heer der Administratoren, Juristen, Techniker und Nationalökonomen ersteht, dessen die Welt von morgen bedarf.

Gegen eine noch weitere Belastung der höheren Arbeitseinkommen durch die Einkommensteuer spricht der Umstand, daß dadurch kaum mehr viel für die übrigen Bevölkerungsschichten gewonnen werden könnte; die Konfiskation aller noch «freien» Einkommen über der Grenze von 2000 Pfund hätte nahezu gar keine Auswirkung auf die Lebenshaltung der anderen Gruppen der Bevölkerung.

ALBERT LAUTERBACH

Wirtschaftliche Unsicherheit und die menschliche Psyche

Was ist mit der Menschheit los? Warum besteht sie darauf, den unerhörten Fortschritt der Wissenschaft und Technik periodisch zum Massenmord und zur Massenarbeitslosigkeit zu mißbrauchen? Können wir eine Änderung in diesem erstaunlichen Verhalten des Menschen erwarten, oder ist er von Natur aus hoffnungslos fehlgeraten?

Hunderte von Gelehrten und Millionen von Durchschnittsmenschen sind heute in einer großen Suche nach einer Antwort auf diese Fragen begriffen.

---

[7] Darüber sagt das Programm folgendes: «Große arbeitslose Einkommen können nicht gerechtfertigt werden. Große Erbschaften sind besonders unfair. Diejenigen, die in ihrem Genuß sind, können es sich erlauben, auf dem Rücken der Gemeinschaft zu leben, ohne ihr eine Gegenleistung zu bieten: eine große Erbschaft enthebt sie ihrer Pflichten gegenüber der Gesellschaft. Für das Vererben großen Reichtums gibt es keine moralische Rechtfertigung. Hohe Erbgebühren auf große Vermögen sind nach jeder Richtung moralisch gerechtfertigt.